

Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)

Gemeinsame Pressemitteilung

06.11.2013

NRW-Landesregierung sieht hochgefährlichen Urantransporten tatenlos zu / Rheinland-Pfalz informiert Kreise, Kommunen und Feuerwehren

Das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) fordern von der rot-grünen Landesregierung in Düsseldorf endlich konsequente Aktivitäten zur Verhinderung der Urantransporte in und durch NRW. Das Aktionsbündnis und der BBU kritisieren, dass die NRW-Landesregierung den zahlreichen hochgefährlichen Urantransporten tatenlos zusieht. Am Dienstag (5.11.) erreichte wieder ein Sonderzug mit Uranhexafluorid die Urananreicherungsanlage in Gronau und auf dem Anlagengelände wurden LKW mit Urancontainern beobachtet.

Obwohl die Gefahren bei Transporten von Uranhexafluorid bekannt sind, werden sie auch vor Rettungskräften geheim gehalten. Nur die Genehmigungsbehörden und die Polizei kennen den Zeitpunkt und die Routen der Transporte. Kommunen, Feuerwehren und weitere Rettungskräfte werden, ausser in Rheinland Pfalz, nirgendwo informiert. Wie dann im Falle eines Unfalls schnelle und richtige Rettungsmaßnahmen möglich sein sollen, ist unklar.

Die rot-grüne Landesregierung in Rheinland-Pfalz hat gezeigt, dass es wenigstens ansatzweise anders geht. Sie hat im letzten Jahr beschlossen, dass die Landkreise, Kommunen und Erstalarmierungsstellen vor Urantransporten über die Route und den Zeitpunkt informiert werden. So sind sie im Falle eines Unfalls dazu in der Lage relativ schnell zu reagieren. "Das ist bei Freisetzungen von Uranhexafluorid auch dringend notwendig. Bei massiven Freisetzungen muss innerhalb von Minuten weiträumig evakuiert werden", so Udo Buchholz vom Vorstand des BBU.

Warum die rot-grüne Landesregierung in NRW sich die Vorlage von Rheinland-Pfalz nicht zu eigen macht, bleibt wohl ihr Geheimnis. Von einem Atomausstieg, den sich die Grünen und die SPD angeblich auf die Fahnen geschrieben haben, ist in NRW nichts erkennbar. "Es ist erschreckend, mit welcher Geheimniskrämerei über die Urantransporte, die durch NRW rollen, die Städte und Rettungskräfte in Unkenntnis gelassen werden. Es ist das Mindeste, dass die mögliche Gefahr bekannt ist und man sich darauf einrichten kann", so Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

Dass es ganz plötzlich zu einer Situation kommen kann, in der man schnell reagieren muss, hat der Schiffsbrand Anfang Mai im Hamburger Hafen gezeigt: Auf einem Frachtschiff mit

Uranhexafluorid an Bord war Feuer ausgebrochen. Das entsprechende Löschmaterial war nicht vor Ort und musste erst herbeigeschafft werden. Solche Situationen zu vermeiden, sollte eigentlich auch im Interesse der nordrhein-westfälischen Landesregierung sein. In Rheinland-Pfalz müssen die Feuerwehren jetzt regelmäßig Übungen zu Unfällen mit Urantransporten durchführen. Schon im Jahre 2012 hat sich die Stadt Münster angesichts der Risiken gegen die Durchfahrt der Urantransporte ausgesprochen. Weitere Informationen zu den Urantransporten in NRW und anderswo unter www.urantransport.de.

Das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen und der BBU werden sich weiterhin gegen Uran- und sonstige Atomtransporte engagieren. Grundlegend fordern sie die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen rufen beide Organisationen zur Teilnahme an einer bundesweiten Energiewende-Demonstration auf, die am 30. November in Berlin stattfinden wird. Die Demonstration steht unter dem Motto "Sonne und Wind statt Fracking, Kohle und Atom!". Informationen dazu unter www.energiewende-demo.de. Telefonische Auskünfte über Mitfahrgelegenheiten gibt es beim Arbeitskreis Energie des BBU unter Tel. 02562-23125.